

# Landtag

33. Sitzung vom 26. Jänner 1996  
Sitzungsprotokoll

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzende: Erste Präsidentin Ingrid Smejkal, Zweite Präsidentin Erika Stubenvoll und Dritter Präsident Dr Erwin Hirschnall.

Schriftführer: Die Abgen Elisabeth Fleischmann, Johann Herzog, Heinz Hufnagl, Ursula Lettner, Jean Margulies, Godwin Schuster, Helga Seeliger, Mag Heidemarie Unterreiner, Erich VALENTIN, Kurt Wagner, Renate Winklbauer, Inge Zankl und Gerhard Zeihsel.

Präsidentin Ingrid Smejkal eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind die Abgen Susanne Jerusalem, Dr Günther Marek und Barbara Schöfnagel.

2. In der Fragestunde werden von Präsidentin Ingrid Smejkal folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 83/LM/KGR): Abg Jutta Sander an den Landeshauptmann:

Über 54 Prozent der Beschäftigten der Gemeinde Wien sind Frauen. Erachten Sie es als gerechtfertigt, daß im nunmehr vorliegenden Wiener (Fast-) Gleichbehandlungsgesetz wiederum eine Ungleichbehandlung aufrechterhalten wird, indem für Frauen in höheren Funktionen lediglich eine Quote von 40 Prozent angestrebt wird?

2. Anfrage (PrZ 103/LM/KVP): Abg Dr Oskar Wawra an den Landeshauptmann:

Welche Konsequenzen werden Sie ziehen, wenn die Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land Wien über das sog 30-Milliarden-Paket nicht zustande kommt?

3. Anfrage (PrZ 144/LM/KFP): Abg Johann Herzog an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung:

Ist seitens der Landesregierung an eine steuerliche Mehrbelastung der Wiener Bevölkerung durch Einführung einer Art 'Wohnbausteuer' gedacht?

4. Anfrage (PrZ 104/LM/KSP): Abg Inge Zankl an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauenfragen und Sport:

Welche frauenpolitischen Signale werden mit dem neuen Gleichbehandlungsgesetz gesetzt?

5. Anfrage (PrZ 97/LM/KSP): Abg Erika Stubenvoll an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Kultur:

Wie hat sich die Situation für behinderte Menschen seit der Novellierung des Wiener Veranstaltungsstättengesetzes verändert?

6. Anfrage (PrZ 84/LM/KGR): Abg Dr Peter Pilz an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Wie sich aufgrund der 'Klima-Pläne' herausgestellt hat, sollen den Bundesländern die Folgen der Erfüllung der Konvergenzkriterien aufgebürdet werden. Welche Bundesländer-Quote an der Neuverschuldung sind Sie bereit zu

akzeptieren?

3. Von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei wurde eine schriftliche Anfrage eingebracht:

(PrZ 3291/LF) Anfrage der Abgen Mag Franz KARL und Dr Matthias Tschirf an den Landeshauptmann, betreffend finanzielle Autonomie der Wiener AHS.

Von Abgeordneten der Freiheitlichen wurden drei schriftliche Anträge eingebracht:

(PrZ 3288/LAt) Der Antrag der Abgen Johann Herzog und Dr Helmut GÜNTHER, betreffend die Einführung der Möglichkeit zur Abgabe der Stimme mittels Wahlkarte bei den Wahlen zu Gemeinderat und Bezirksvertretung im gesamten österreichischen Bundesgebiet, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal zugewiesen.

(PrZ 3289/LAt) Der Antrag der Abg Brigitte Schwarzklement, betreffend die Möglichkeit Blinder zur Mitnahme von Blindenhunden in öffentliche Gebäude, wird der Amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales, Frauenfragen und Sport zugewiesen.

(PrZ 3290/LAt) Der Antrag der Abgen Barbara Schöfnagel, Brigitte Reinberger und Dr Rüdiger Stix, betreffend Förderung umweltschonender Technologien bei der Textilreinigung, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehr zugewiesen.

Auf Vorschlag von Präsidentin Ingrid Smejkal beschließt der Landtag einstimmig, die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen durch Handerheben durchzuführen.

4. (PrZ 41-MDPLTG; P 1) Durch Mandatsverzicht von Gerhard Oblasser werden auf Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs Abg Christian Oxonitsch zum Mitglied des Immunitätskollegiums und Abg Ilse Forster zum Ersatzmitglied des Ständigen Ausschusses gewählt.

Walter Strutzenberger hat mit Wirkung vom 31. Dezember 1995 sein Mandat als Bundesrat zurückgelegt. An seine Stelle wurde das Ersatzmitglied Dr Michael LUDWIG berufen.

Dr Elisabeth Hlavac hat mit Wirkung vom 14. Jänner 1996 ihr Mandat als Bundesrätin zurückgelegt.

Folgende Ersatzmitglieder des Bundesrats haben auf ihre Mandate verzichtet:

Ing Rolf Huber, 6. Stelle; Abg Ilse Forster, 8. Stelle; Abg Martina LUDWIG, 10. Stelle.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs schlägt als neues Bundesratsmitglied Karl Drochter und als Ersatzmitglieder Michaela Kauer, Abg Heinz Vettermann, Dr Irmtraud Karlsson und Fritz Strobl vor.

Auf Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs werden für die auf sie entfallenden Mandate im Bundesrat einschließlich der Ersatzmitglieder und deren Reihung gewählt:

An 2. Stelle das Mitglied des Bundesrats Albrecht Karl Konecny und zum Ersatzmitglied Michaela Kauer;

an 6. Stelle als neues Mitglied des Bundesrats Karl Drochter, zum Ersatzmitglied Abg Heinz Vettermann;

an 10. Stelle das Mitglied des Bundesrats Dr Michael LUDWIG, zum Ersatzmitglied Fritz Strobl.

Zum an 8. Stelle gereihten Ersatzmitglied Dr Irmtraud

Karlsson.

Die Reihung aller Mitglieder des Bundesrats einschließlich der Ersatzmitglieder lautet daher:

Mitglieder:

1. Haselbach Anna Elisabeth
2. Konecny Albrecht Karl
3. Langer Dr Dieter
4. Himmer Mag Harry
5. Rauchenberger Josef
6. Drochter Karl
7. Riess Dr Susanne
8. Perl Gertrude
9. Mautner-Markhof Prof Dr h c  
Manfred
10. LUDWIG Dr Michael
11. Kapral Dr Peter

Ersatzmitglieder:

1. Brauner Mag Renate
2. Kauer Michaela
3. Kabas Mag Hilmar
4. KARL Mag Franz
5. Stubenvoll Erika
6. Vettermann Heinz
7. Landauer Karin
8. Karlsson Dr Irmtraud
9. Klomfar Helmut
10. Strobl Fritz
11. Gintersdorfer Lothar

Berichterstatter: Abg Josefa Tomsik

5. (PrZ 22-MDPLTG; P 2) Gemäß § 8 in Verbindung mit § 4 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl Nr 330, wird der Betätigung des Mitglieds des Wiener Landtags, Mag Renate Brauner, in der Sozialbau Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft AG als Mitglied des Aufsichtsrats zugestimmt.

Berichterstatter: Amtsf StR Johann Hatzl

(PrZ 2555/95-MDPLTG; P 3) Die in der Beilage Nr 1 enthaltene Vorlage des Gesetzes über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen als Bedienstete der Gemeinde Wien (Wiener Gleichbehandlungsgesetz), wird in erster und zweiter Lesung mit der

erforderlichen Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Abgeordneten zum Beschluß erhoben.

(PrZ 2157/95-MDPLTG; P 4) Die in der Beilage Nr 28 enthaltene Vorlage des Gesetzes mit dem das Gesetz über die Gemeindewahlordnung der Stadt Wien (Wiener Gemeindewahlordnung 1996 - GWÖ 1996) und die Wiener Stadtverfassung geändert werden, wird in erster und zweiter Lesung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Abgeordneten zum Beschluß erhoben.

(Über den Artikel II Ziffer 9 wird getrennt abgestimmt.)

(PrZ 3307/LAt) Der Abänderungsantrag der Abgen Josefa Tomsik, Johann Herzog und GenossInnen, betreffend das Gesetz über die Gemeindewahlordnung der Stadt Wien (Wiener Gemeindewahlordnung 1996 - GWÖ 1996) und Änderung der Wiener Stadtverfassung, wird angenommen.

Berichterstatter: LhptmSt Dr Sepp Rieder

(PrZ 40-MDPLTG; P 5) Der Tätigkeitsbericht 1993/1994 der Wiener Patienten-anwaltschaft wird zur Kenntnis genommen.

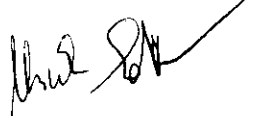
Berichterstatter: Amtsf StR Fritz Svihalek

(PrZ 95-MDPLTG; P 6) Der Naturschutzbericht 1994 wird zur Kenntnis genommen.

(PrZ 3310/LAt) Der Beschluß- (Resolutions-) Antrag der Abgen Hannelore Weber und FreundInnen, betreffend Rede-recht für Umwelthanwältin im Landtag, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal und Wiener Stadtwerke zugewiesen.

(Schluß um 18.44 Uhr.)

Der/Die Schriftführer/in:



Der/Die Präsident/in:

